

Teilhabe ermöglichen

Im Frühjahr 2017 legt die Bundesregierung ihren 5. Armuts- und Reichtumsbericht (ARB) vor. Für den DGB steht fest: Es braucht einen neuen Ansatz, um die ungleiche Vermögensverteilung in Deutschland besser zu erfassen und politische Handlungsempfehlungen zu formulieren.

Gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen und strukturelle Benachteiligungen überwinden – das sind aus gewerkschaftlicher Sicht die zentralen Voraussetzungen für eine gerechtere Gesellschaft. Der DGB tritt als Mitglied des ARB-Beraterkreises dafür ein, dass diese Punkte im 5. ARB berücksichtigt werden.

Bereits im Internet veröffentlichte Berichte zeigen: Im 5. ARB wird erstmals auch Reichtum stärker in den Fokus genommen. Sich „ausführlich und kritisch“ mit dem Reichtum in der Gesellschaft auseinanderzusetzen, hatte auch der DGB gefordert. Denn die Ungleichheit wächst, verschärft gesellschaftliche Probleme und macht den Staat zunehmend handlungsunfähig. Aus Sicht des DGB muss dringend überprüft werden, wie diese sich verfestigenden Strukturen überwunden werden können.

Auch ein WSI-Report belegte kürzlich, dass die Einkommensverteilung in Deutschland immer undurchlässiger wird – Armut und Reichtum immer dauerhafter.

Die WSI-Forscherinnen fordern, dem durch eine stärkere Umverteilung über Steuern entgegenzuwirken. Auch der DGB spricht sich für mehr Verteilungsgerechtigkeit aus, das heißt: steuerliche Privilegien für Reiche zurückzunehmen, mehr für die soziale Aufstiegsmobilität zu tun und mangelnder soziokultureller Teilhabe entgegenzuwirken.

Armut zu bekämpfen, heißt aus gewerkschaftlicher Sicht nicht nur, gleiche (Start)Chancen zu schaffen, sondern auch, die Menschen kontinuierlich dabei zu unterstützen, diese Chancen auch wahrzunehmen. Der Bericht müsse daher in erster Linie handlungsorientiert sein und politische Handlungsoptionen aufzeigen, wie Armut durch staatliche Umverteilung bekämpft werden kann. Ziel solle ein sozialstaatlich geprägtes – an sozialer Gerechtigkeit ausgerichtetes – Gesellschaftsmodell sein, so der DGB.

www.dgb.de/-/h07

Fahrplan

5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung



Bankendämmerung?

Einige traditionelle Geldhäuser kämpfen derzeit ums Überleben. Leidtragende sind die Beschäftigten.

SEITE 3

Faire Regeln für Klickarbeit

Die schöne neue Welt der Internetplattformen heißt für die Beschäftigten oft: schlechte Bezahlung und fehlende soziale Sicherung. Der DGB will ein neues digitales Prekariat verhindern.

SEITE 5

Mein Leben – meine Zeit

Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall, stellt im *einblick* die neue Arbeitszeitkampagne der IG Metall vor.

SEITE 7

IFO-UMFRAGE



der Unternehmen glauben, dass die Gewerkschaften einen großen oder sehr großen Einfluss auf die Politik haben.

Quelle: ifo Institut / Wirtschaftswoche 2016



EINBLICK IM INTERNET

Aktuelle News gibt es auf der überarbeiteten *einblick*-Internetseite:

www.dgb.de/einblick



E-MAIL-NEWSLETTER

Anmeldung unter:
www.dgb.de/einblicknewsletter

GLEICHES GELD FÜR GLEICHE ARBEIT



Der DGB fordert besseren Schutz und mehr Rechte für die LeiharbeiterInnen. *einblick* hat eine Leiharbeiterin gefragt, was sie von Politik und Gewerkschaften erwartet. Sabine Baum*, 31, arbeitet seit vier Jahren als Leiharbeiterin in der Pharma-Branche.

„Bei Gehalt, Urlaub und Sonderkonditionen bin ich schlechter gestellt als die Festangestellten. Das ist auch emotional belastend, weil ich eine Beschäftigte zweiter Klasse bin. Ich bekomme nicht die gleichen Fortbildungen und Förderungen wie die anderen Angestellten. An mir nagt auch das gesellschaftliche Bild von Leiharbeiterinnen als vorübergehende Aushilfen. Das impliziert, wir würden nichts auf die Reihe bekommen. Ich bin direkt vom Studium in die Zeitarbeit gerutscht. Damals hieß es, ‚das geht ganz schnell, dann wirst du fest übernommen‘. Aber das ist nicht passiert.“

Die Unternehmen sollen aufhören, uns Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Dumpinglöhnen abzuspiesen. Wir werden offensichtlich gebraucht – nicht nur saisonal, nicht nur, um Spitzen abzufedern, sondern konstant über Jahre hinweg. Von den Gewerkschaften wünsche ich mir, dass sie auch tarifvertraglich festschreiben: gleiches Geld für gleiche Arbeit – ohne Hintertüren.“

*Name von der Redaktion geändert

GESETZENTWURF MIT LÜCKEN

Die Bundesregierung geht gesetzlich gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen vor. Der DGB wertet den vorliegenden Gesetzentwurf jedoch als Enttäuschung und fordert weiterhin deutliche Verbesserungen. DGB-Bundesvorstandsmitglied Annelie Buntenbach kritisierte, dass Unternehmen weiterhin „jeden Teil der Produktion nach Gutdünken als Werkvertrag deklarieren und an andere Unternehmen vergeben können“. Auch der aktuelle WSI-Report bemängelt, dass die Vorlage hinter dem Koalitionsvertrag zurückbleibt. Zwar gebe es Verbesserungen, beispielsweise das Verbot, LeiharbeiterInnen als Streikbrecher einzusetzen. Zentrale Knackpunkte bleiben jedoch: So gilt die zeitliche Obergrenze nur für Personen, nicht für Arbeitsplätze. Das heißt: Alle 18 Monate können LeiharbeiterInnen einfach ausgetauscht werden, so die WSI-WissenschaftlerInnen. Auch in den Bereichen Mitbestimmung, Anrechnungszeiten und Equal Pay ist noch Luft nach oben. Positiv werten die AutorInnen, dass Leiharbeitsfirmen bei Verstößen ihre Lizenz verlieren – und die betroffenen Beschäftigten eine Stelle im Entleihbetrieb erhalten. dgb.de/-/Oi4



TELEGRAMM

Den Fußball-Weltverband FIFA verklagen der niederländische Gewerkschaftsbund FNV und ein Arbeiter aus Bangladesch wegen der Arbeitsbedingungen auf den Fußball-WM-Baustellen in Katar. Die FIFA sei für die Situation der Gastarbeiter in Katar mitverantwortlich, weil sie bei der WM-Vergabe nicht auf der Einhaltung von Arbeits- und Menschenrechten bestanden habe, so die Klage.

www.dgb.de/-/he5

Solidarisch mit EU-Krisenländern zeigt sich rund die Hälfte der BürgerInnen in Deutschland. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und der Universität Leipzig zeigt, dass 48 Prozent finanzielle Hilfen für EU-Krisenländer unterstützen. Rund 30 Prozent waren dagegen, etwa 20 Prozent unentschieden. Im Vergleich mit früheren Befragungen hat die Unterstützung der Bevölkerung seit 2010 nicht nachgelassen.

Die Energiewende stärker über Steuern zu finanzieren, fordert der DGB. Dies würde zu mehr Verteilungsgerechtigkeit führen und dazu, dass die Strompreise für Haushalte, Gewerbe und Industrie bezahlbar bleiben. Die EEG-Umlage steigt 2017 erstmals seit drei Jahren deutlich von 6,35 auf 6,88 Cent pro Kilowattstunde.

www.dgb.de/-/hDP



GEWERKSCHAFTEN EINBEZIEHEN

Ohne Gewerkschaften kein gerechte Wende zur CO₂-armen Industrie. Zu diesem Ergebnis kommt der Europäische Gewerkschaftsbund in seiner Studie „Industrieregionen und Klimapolitik: Auf dem Weg zu einem gerechten Übergang“. Darin wird klar: Um den Arbeitsplatzverlust in Industrieregionen möglichst gering zu halten, müssen Gewerkschaften und Arbeitgeber in regionale Strategien zur Reduktion von CO₂ einbezogen werden. Als positives Beispiel nennt die Studie Nordrhein-Westfalen, wo der DGB NRW sowie IG Metall, IG BCE, ver.di und IG BAU den Klimaplan mit ausgearbeitet haben.

Für die zweijährige Studie hat der EGB die Vorgehensweisen von Gewerkschaften in sieben Industrieregionen untersucht, darunter Yorkshire, Antwerpen und Schlesien. Der EGB fordert von der EU-Kommission und den Mitgliedsstaaten, ihre finanzielle Unterstützung für CO₂-arme Technologien drastisch zu erhöhen. Nur so könnten die Klimaziele des Pariser Abkommens noch erreicht werden. Bis zum Jahr 2050 soll die EU CO₂-neutral sein.

www.dgb.de/-/he2



CARSHARING FÖRDERN

Weniger Verkehr, weniger Lärm, weniger CO₂-Emissionen: Der Deutsche Gewerkschaftsbund begrüßt das Vorhaben der Bundesregierung, das Carsharing mit einem neuen Gesetz zu fördern. Der Gesetzentwurf sieht vor, für Carsharing-Fahrzeuge separate Parkplätze zu schaffen und Parkgebühren zu senken. Anfang 2016 nutzten über eine Million registrierte TeilnehmerInnen Modelle des Auto-Teilens. „Weniger Autos bedeuten bessere Luft, kürzere Staus und damit schnellere Fahrten“, heißt es in der DGB-Stellungnahme zum Gesetzentwurf. „Sie bedeuten weniger Ressourcenverbrauch, mehr Platz für Radfahrer und Fußgänger.“

Allerdings fordert der DGB weiter zu untersuchen, welche Carsharing-Modelle tatsächlich umweltfreundlich sind. Denn bisher ist nur bei stationsgebundenen Diensten klar, dass sie Privatautos ersetzen. Angebote, bei denen Autos an beliebigen Orten abgeholt und abgestellt werden können, konkurrieren hingegen laut einigen Studien mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Aus diesem Grund vermuten Experten, dass in diesen Fällen Carsharing sogar zu mehr Verkehr führt.

www.dgb.de/-/hu7

„Die Mentalität muss sich wandeln“

Fokussiert, digital und effizient. So will die Commerzbank in Zukunft sein – und wird bis 2020 dafür 9600 ihrer 45 000 Vollzeitstellen streichen. Was sind die Ursachen und was bedeutet das für die Beschäftigten?



Bankendämmerung in Frankfurts Finanzviertel? Einige große Geldhäuser kämpfen derzeit um ihre Zukunft. Leidtragende sind die Beschäftigten.

„Das ist ein Riesenhieb“, stellt der ver.di-Finanzexperte Mark Roach klar. Als Mitglied im Aufsichtsrat der Commerzbank betont er: „Es sind 9600 Vollzeitjobs, die wegfallen. Deshalb sind wahrscheinlich weitaus mehr Menschen betroffen – sogar bis zu 12 000.“

Für ver.di ist die Commerzbank kein einfaches Feld: Wie in den meisten Banken ist nur ein relativ kleiner Teil der Bank-Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert. Zudem sind die bei einer derartigen Umgestaltung zu regelnden Themen in Tarifverträgen abgedeckt, sodass die Friedenspflicht gilt – die Angestellten dürfen also nicht streiken. „Die Beschäftigten können höchstens in der Pause auf die Straße gehen“, so Roach. Das mache den Protest schwerer. „Es gibt einen Berg an Problemen“, sagt Roach. Vor allem die Digitalisierung sei für die Commerzbank – wie für alle Geldhäuser – eine Herausforderung. So machen die Online-Angebote von Start-ups den Banken viele ihrer traditionellen Geschäfte streitig – vom Zahlungsverkehr bis hin zur Kreditbearbeitung. Die Niedrigzinsphase der Europäischen Zentralbank belastet zudem das Geschäft.

„Was mich wütend macht, ist, wie der Vorstand der Commerzbank mit den Beschäftigten umgeht“, sagt Roach. So sei offensichtlich intern klar, in welchen Sparten die Commerzbank Stellen streichen wolle. Dennoch hielte die Geschäftsführung ihre Pläne bisher geheim. Damit die 1,1 Milliarden Euro, die die „Restrukturierung“ kosten wird, nicht mehr in der Bilanz des laufenden Jah-

res landen. Roach rechnet damit, dass die Vorstände erst im März oder April 2017 erklären, welche Jobs sie kürzen werden. „Diese Politik des Vorstands führt dazu, dass die Beschäftigten ein halbes Jahr in Unsicherheit leben und um ihren Arbeitsplatz fürchten“, sagt Roach. Ihn ärgert besonders, dass im dritten Quartal 2016 rund 700 Millionen Euro abgeschrieben wurden. Dieser fiktive Wert stand seit der Übernahme der Dresdner Bank 2008 noch in den Büchern. Um die Bilanz in den letzten Jahren nicht noch schlechter aussehen zu lassen, wurde dieser Betrag erst jetzt abgeschrieben – und damit mehr als der gesamte Gewinn der ersten neun Monate. „Für dieses Manöver war Geld da“, sagt Roach. „Aber 150 oder 200 Millionen Euro um den Abbau sozialverträglich zu gestalten, will der Vorstand nicht aufbringen.“

Was muss sich ändern bei der Commerzbank? Roach hat darauf eine klare Antwort. „Die Mentalität muss sich wandeln“, sagt er. Die Vorstände dürften nicht mehr nur auf Unternehmensberater hören. „Sie müssen endlich wieder die Kunden und Angestellten in den Fokus nehmen und nicht das Urteil der Analysten und des Kapitalmarkts.“ Um das zu erreichen, findet Roach, könnte auch der Bund eingreifen, der großer Aktionär der Commerzbank sei. „In so einem Fall sollte er nicht mehr nur Nachtwächterstaat sein, sondern gezielt Einfluss nehmen.“

„VIELES NUR AUF DEM PAPIER“

Kommt bald der nächste Finanzcrash? Der DGB-Experte für Marktregulierung und Verteilungspolitik Robby Riedel glaubt das nicht: Es könne zwar wieder zu Störungen im Bankenmarkt kommen, aber ein flächendeckender Finanzkollaps sei unwahrscheinlich, sagt er. Seit der Finanzkrise 2007 seien Verbesserungen auf den Weg gebracht worden. So haben die EU-Staaten 2014 die Bankenunion gegründet – sie sieht vor, Pleitebanken zunächst mit den Mitteln von anderen Geldhäusern, Anteilseignern, Gläubigern und vermögenden Sparern zu retten. Das Regelwerk Basel III verlangt von Kreditinstituten, ihr Eigenkapital zu erhöhen und ihre Liquidität zu verbessern. „Das sind sinnvolle Maßnahmen, doch sie reichen nicht aus und bisher existiert vieles nur auf dem Papier“, sagt Riedel. „Aktuell gibt es im Bankenmarkt noch zu hohe Risiken und es könnte bei einer Bankenpleite zu einem Domino-Effekt kommen.“

DER DGB FORDERT

Bankenunion fristgerecht umsetzen – und alle Staaten daran beteiligen

Höhere Eigenkapitalquoten, besonders für systemrelevante Banken

Großkreditvorschriften senken, um Abhängigkeiten im Bankenmarkt zu verringern

Keine Steuergelder mehr für marode Banken verwenden

Abwicklungsfonds für kriselnde Banken deutlich aufstocken



Mehr zum Thema Banken
www.dgb.de/-/he7



200 JAHRE FAHRRAD

Das Fahrrad als Fortbewegungsmittel der Arbeiterbewegung zeigt die Ausstellung „2 Räder – 200 Jahre“ im Technoseum in Mannheim ab dem 11. November. 1817 erfunden, wurde das Zweirad nach 1900 – durch die industrielle Massenfertigung – zu dem Fortbewegungsmittel der arbeitenden Massen. Die Arbeiter- und auch die Frauenbewegung wurden mobil. Mit dem Drahtesel zur politischen Arbeit, Überlandtouren und Flugblätter verteilen, all das wurde möglich dank des Fahrrads. Neben historischen Hoch- und Zweirädern stehen die gesellschaftliche Rolle und die Relevanz des Fahrzeugs im Mittelpunkt der Schau.

www.bit.ly/2Räder-200Jahre

MENSCHLICH, MODERN, MITBESTIMMT

Gute Arbeit im Öffentlichen Dienst heißt Gute Arbeit in Schulen, Polizeidienststellen und Verwaltungen – doch auch hier steigt der Arbeitsstress in Folge des Personalabbaus, wird Arbeit durch ständige Erreichbarkeit entgrenzt. Hans-Böckler-Stiftung und DGB laden am 16. und 17. November zum Schöneberger Forum ein, um die Zukunft der Arbeit im öffentlichen Dienst zu diskutieren. Im Mittelpunkt stehen eine bessere Work-Life-Balance, die Eindämmung befristeter Beschäftigung und die gestaltende Rolle von Personalräten. Um Beispiele guter Praxis zu würdigen, wird unter dem Motto „Initiativen für Beschäftigte“ der Deutsche Personalrätepreis verliehen.

www.dgb.de/-/Y3d



ANKE HASSEL

Das WSI feiert 70 Jahre Jubiläum – wie geht es weiter?

Wir haben noch viel vor. Die arbeitnehmerorientierte Forschung ist wichtiger denn je, weil die Arbeitswelt vor großen Herausforderungen steht. Wir wollen mit unserer Forschung die Gewerkschaften und Interessenvertretungen dabei unterstützen, Lösungen dafür zu erarbeiten.

Welche Themen stehen im Fokus?

Es gibt vier große Themenschwerpunkte in den nächsten Jahren. Die Transformation der Arbeit – wir analysieren, wie sich die Arbeitsabläufe und -bedingungen durch die Digitalisierung und neue Formen der Wertschöpfung verändern. Beim Thema „Arbeit und Lebenswelt“ geht es darum, wie Männer und Frauen, Familie und Beruf vereinbaren können. Unter der Überschrift „Soziale Ungleichheit und Risiken“ behandeln wir Verteilungs-

fragen, neue und alte soziale Risiken und die Zukunft der Sozialversicherung. Schließlich das europäische Sozialmodell – hier stellen wir das deutsche Tarifmodell in einen europäischen Kontext.

Wie sieht die zukünftige Sozialforschung aus?

Das WSI verfügt über starke Datenbestände – unter anderem das Tarifarchiv, die Betriebsrätebefragung, den Lohnspiegel, den Verteilungsmonitor, das GenderDaten-Portal. Das gibt es in dieser Form nirgends sonst. Es wird darum gehen, die bereits vorhandenen Daten systematisch auszuwerten und die Datenbasis zu verbreitern, um so Fragen genauer beantworten zu können.

Anke Hassel, 51, ist seit 1. September wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung.

Otto Brenner Preis für #PanamaPapers

Die Panama Papers, die legale Tricks zur Steuer-Vermeidung aufdeckten, erschütterten im April die Öffentlichkeit. Für ihre Recherche erhalten die an der Veröffentlichung beteiligten Journalisten Frederik Obermaier und Bastian Obermayer im November den

Otto Brenner-Preis für kritischen Journalismus. Weitere Preise gehen an AutorInnen für ihre Beiträge zur Armut in der Gesellschaft, moderner Sklaverei und den Roma in Mazedonien. Die Preise werden am 15. November in Berlin verliehen. www.bit.ly/OBP_2016

GEGEN SKLAVEREI

ALLIANCE



Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat gemeinsam mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB), UNICEF und der internationalen Arbeitgeberorganisation (IOE) die „Alliance 8.7“ gegründet. Die neue globale Koalition will weltweit dazu beitragen, Zwangsarbeit, moderne Sklaverei, Menschenhandel und Kinderarbeit zu beenden. Die Zahl „8.7“ bezieht sich auf die Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen. In Ziel 8.7 verpflichten sich die Staaten, bis 2030 Zwangsarbeit und Menschenhandel weltweit abzuschaffen und bis 2025 alle Formen der Kinderarbeit zu beseitigen. 21 Millionen Menschen sind weltweit von modernen Formen der Sklaverei betroffen, darunter 5,5 Millionen Kinder.

www.alliance87.org

Gesundheit im Betrieb

Die Zeitschrift *Arbeitsrecht im Betrieb* (AiB) widmet dem Thema „Arbeits- und Gesundheitsschutz“ ab November eine eigene Rubrik. Betriebsräte finden dort alle zwei Monate Fakten und Infos. Auf zwei Seiten gibt es kompaktes Praxiswissen zu allen aktuellen Fragen. Mit einem kostenlosen Newsletter bietet die Redaktion zudem tagesaktuelle Infos etwa zu Urteilen im Arbeits- und Sozialrecht.

In diesem Jahr ist AiB als beste Fachzeitschrift (bis 2,5 Millionen Euro Jahresumsatz) ausgezeichnet worden. Die Jury der vom Verband der Deutschen Fachverlage vergebenen Auszeichnung würdigte AiB als „strukturiert, serviceorientiert, kompakt“. www.bit.ly/AiB_Newsletter

Faire Regeln für Klickarbeit

Internetplattformen sind Senkrechtstarter: Es gibt sie erst seit wenigen Jahren und jeder zweite Deutsche hat sie schon einmal genutzt. Doch oft bezahlen sie Beschäftigte schlecht und bieten unzureichende soziale Sicherung. Der DGB fordert: faire Regeln für die Plattform-Ökonomie.

Die Situation

Sie wollen alles anders machen. Internet-Plattformen wie Uber, Crowd Guru und Helping versprechen eine bessere Wirtschaftswelt. Die sieht so aus: Ein Kunde bestellt per Mausklick einen Fahrdienst, lässt sich einen Text schreiben, Daten aufbereiten oder seine Wohnung putzen – und muss angeblich kein schlechtes Gewissen haben. Denn die Plattformen versprechen nicht nur günstiger zu sein als die Offline-Wirtschaft. Sondern ihre Beschäftigten auch noch fair zu behandeln, ganz ohne Schwarzarbeit.

Davon ist die Realität oft weit entfernt. „Clickworker hangeln sich häufig von einem schlecht bezahlten Miniauftrag zum nächsten“, sagt DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell. Eine Studie der Böckler-Stiftung kommt zu dem Ergebnis: Im Durchschnitt 1.500 Euro pro Monat verdienen etwa hauptberufliche Mitarbeiter von Crowdfunding-Plattformen wie Crowd Guru und Clickworker – bei bis zu 80 Stunden Arbeit pro Woche.

Hinzu kommt: Es ist in der Regel wesentlicher Teil des Geschäftsmodells, mit Solo-Selbstständigen zu arbeiten – ohne Sozialversicherungen, bezahlten Urlaub und Mitbestimmung. Manche werden sogar von ihren Arbeitgebern intensiv überwacht. „Hier entsteht ein neues digitales Prekariat“, so Körzell.

Das fordern andere

Bisher fehlt es an einem Ordnungsrahmen für die Plattform-Ökonomie. Um entsprechende Regelungen vorzubereiten, hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ein Grünbuch vorgelegt. Auch die Europäische Kommission hat zum Thema Plattform-Ökonomie eine Mitteilung verfasst. Das Ministerium und die EU-Kommission sind sich einig: Die Vorschriften, die andere Unternehmen schon jetzt beachten müssen, könnten die neuen Marktakteure belasten. Sie plädieren deshalb dafür, die Plattformen von angeblich „überbordender Regulierung“ auszunehmen. Soziale Standards und Qualitätsstandards wie der Meisterbrief kommen im Grünbuch und der EU-Mitteilung – wenn überhaupt – nur unzureichend vor.



Klare Regeln und starke Arbeitnehmerrechte für die digitalen ArbeitnehmerInnen fordert der DGB.

Das fordert der DGB

Der DGB hält es für grundlegend falsch, die digitale Arbeitswelt nur schwach zu regulieren. Denn mit grenzüberschreitendem Crowdfunding könnten Firmen grundlegende Arbeitnehmerrechte außer Kraft setzen – etwa Mindestlöhne, geregelte Arbeitszeiten und soziale Sicherung. Damit nicht genug: Mithilfe von Deregulierung könnten sich Plattformen auch nationalen Steuerregeln entziehen.

„Das ist nicht nur unsozial, sondern verzerrt auch den Wettbewerb mit Anbietern, die Tariflöhne zahlen, das Arbeitsrecht beachten und ihre Beschäftigten sozial absichern“, erklärt Körzell. Der DGB und der Europäische Gewerkschaftsbund fordern deshalb eine europäische Initiative, um die bestehenden Standards durchzusetzen. „Nur dann können die digitalen Plattformen ihr innovatives Potenzial für mehr Wohlstand der Gesellschaft nutzen.“

Was wollen die Parteien?

Die CDU/CSU will der Branche den Weg bereiten. „Zum Beispiel, indem wir klare Prinzipien vorgeben, dafür aber gesetzliche Detailregelungen streichen“, sagt Thomas Jarzombek, der digitalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Die SPD zeichnet das „Leitbild einer guten digitalen Arbeit“. Im Beschluss des Bundesparteitages

DER DGB FORDERT

Für die Plattform-Ökonomie müssen dieselben arbeitsrechtlichen und sozialen Standards sowie Verbraucherschutzregeln gelten wie für die übrige Wirtschaft.

Qualitätsstandards wie der Meisterbrief müssen beachtet werden.

Gewerkschaften brauchen mehr Möglichkeiten, um kollektive Verhandlungen für Selbstständige zu führen.

Scheinselbstständigkeit muss auch in der digitalen Arbeitswelt stärker bekämpft werden.

Die EU-Mitgliedsstaaten sollen sich darauf einigen, welche Angaben die Firmen im Rahmen ihrer steuerlichen Mitteilungspflicht machen müssen.

Es muss eine europäische Initiative geben, um zu sicherzustellen, dass die Plattformen bestehende Normen einhalten.



RECHERCHE PACKAGE

Weitere Informationen zum Thema Crowdwork und Plattform-Ökonomie gibt es im Netz: www.dgb.de/-/hrS



Ende 2015 heißt es, die SPD wolle „faire Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen sowie eine soziale Absicherung der Dienstleister erzielen“.

Die Bundestagsfraktion **Bündnis 90 / Die Grünen** fordert auf ihrer Internetseite, „dass geltende Sozial-, Arbeits- und Mitbestimmungsstandards für alle Arbeit- und AuftragnehmerInnen sowie Branchen gelten, damit ein fairer Wettbewerb gesichert ist“.

Die Linke will keine Geschäftsmodelle fördern, „die darauf beruhen, soziale Sicherungssysteme zu umgehen, sich digitaler TagelöhnerInnen und unabgesicherter CrowdworkerInnen zu bedienen“.

T-Mobile US: Regierung soll eingreifen



Die T-Mobile-Beschäftigten in den USA fordern immer wieder Gerechtigkeit.

Ein von UNI Global Union, ver.di und der amerikanischen Gewerkschaft CWA in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten zeigt: Die Deutsche Telekom AG kann eingreifen, um von den Managern des Tochterunternehmens T-Mobile US die Einhaltung internationaler Arbeitsrechtsstan-

dards einzufordern. Bisher hat sich der DAX-Konzern stets geweigert, die US-Manager im Umgang mit ihren Beschäftigten zur Ordnung zu rufen. Dies sei ein Eingriff ins „operative Geschäft“ hieß es. Das Rechtsgutachten des Düsseldorfer Juristen Frank Lorenz entkräftet dieses Argument. Der amerikanische Mobilfunkanbieter steht seit Jahren in der Kritik. Mit harten Bandagen geht der US-Konzern gegen Gewerkschaften und Beschäftigte vor, die sich für faire Arbeitsbedingungen einsetzen. Die Deutsche Telekom AG (DTAG) hält rund 66 Prozent der Firmenanteile.

Ado Wilhelm, ver.di-Koordinator der Kampagne „We expect better“, fordert: „Die Verantwortlichen in Deutschland müssen das US-Management jetzt anhalten, sich rechtskonform gegenüber den 46 000 Beschäftigten zu verhalten.“ Das Gutachten zeigt zudem: Auch die Bundesregierung als Anteilseigner der Deutschen Telekom AG steht in der Pflicht. Das Finanzministerium, das rund 32 Prozent der Anteile für den Bund

an der DTAG hält, muss seinen Einfluss geltend machen und sich für die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen einsetzen. „Die DTAG streicht ohne Skrupel die in den USA erwirtschafteten Erträge ein, die Bundesregierung die jährliche Dividende. Wenn es jedoch um Verantwortung, Fürsorge und sozialen Umgang geht, haben beide nichts mit dem US-Unternehmen zu tun“, kritisiert Wilhelm. Damit müsse Schluss sein. Die Gewerkschaften wollen nun mit dem DTAG-Konzernvorstand und dem Bundesfinanzministerium gemeinsame Lösungen diskutieren.

Möglich ist aus Sicht von ver.di auch eine Regelung, dass die US-Manager zur Neutralität gegenüber den Gewerkschaften verpflichtet.

www.dgb.de/-/h4b



Ticker

Mehr Dauerstellen an Unis

GEW 50.000 zusätzliche Dauerstellen an Hochschulen fordert die GEW von Bund und Ländern in ihrer „Wittenberger Erklärung“. Es brauche eine bundesweite „Entfristungsoffensive“, erklärte der stellvertretende GEW-Vorsitzende Andreas Keller auf der 9. GEW-Wissenschaftskonferenz in Wittenberg. Kurz- und Kettenverträge seien unfair und würden die Kontinuität von Forschung und Lehre untergraben. www.bit.ly/GEW_Wittenberg

EVG-Erfolg: Schienengüterverkehr

EVG Die EVG ist erfolgreich mit ihrem Einsatz für den Schienengüterverkehr: Nun fordern auch die Bundesländer, dass DB Cargo den Rückzug aus der Fläche beendet – und dass der Bund aufzeigt, wie sich die Chancen des Schienengüterverkehrs verbessern lassen. Bundesverkehrsminister Dobrindt kündigte einen „Masterplan Schienengüterverkehr“ an. www.bit.ly/EVG_Güter

Chemie-Sozialpartner: Dialog 4.0

IG BCE Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt grundlegend: IG BCE und der Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) haben nun den Branchen-Dialog Digitalisierung gestartet, um als Tarifpartner die Arbeit und Industrie 4.0 zu gestalten. Der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis betonte, es sei im beiderseitigen Interesse, „gute Ideen und Gestaltungsmöglichkeiten zu entwickeln“. www.bit.ly/IGBCE_Dialog

DIE WELT NICHT ERKLÄREN, SONDERN VERÄNDERN



Der IG-Metall-Vorsitzende Jörg Hofmann ist auf dem Kongress der IndustriALL Global Union zum Präsidenten des Weltdachverbandes gewählt worden. „Globale Solidarität der Gewerkschaften ist das Gebot der Stunde“, erklärte Hofmann. Klimawandel, Globalisierung und Digitalisierung verlangten von Gewerkschaften neue Antworten. „Unser Auftrag ist nicht, die Welt zu erklären, sondern sie zu verändern“, so Hofmann. Anfang Oktober verabschiedeten die Delegierten der IndustriALL Global Union mit dem Aktionsplan 2016 - 2020 die Leitlinien für die nächsten Jahre. Die fünf Hauptziele sind, Arbeitnehmerrechte zu verteidigen und gegenüber multinationalen Konzernen durchzusetzen, gewerkschaftliche Macht aufzubauen, gegen prekäre Beschäftigung zu kämpfen und eine nachhaltige Industriepolitik zu fördern. IndustriALL vertritt rund 50 Millionen Gewerkschaftsmitglieder in 140 Ländern. www.dgb.de/-/h40

SOZIALSTAAT 4.0

Wie soll der Sozialstaat der Zukunft aussehen? Und wie können die Gewerkschaften ihn mitgestalten? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des Sozialstaatskongresses der IG Metall am 27. und 28. Oktober in Berlin. Neue Formen der Erwerbstätigkeit, Niedriglohn und kurzzeitige Beschäftigung machen die Arbeitswelt für viele Menschen immer unsicherer. Aber auch die Ansprüche der Beschäftigten an ihr Arbeitsleben verändern sich. Dies fordert den deutschen Sozialstaat – der auf lebenslanger Vollzeitbeschäftigung, entsprechenden Sozialversicherungssystemen, Mitbestimmung und Tarifautonomie beruhte – heraus. ExpertInnen aus Gewerkschaften, Betrieben, Wissenschaft und Politik diskutieren, wie in der Arbeitswelt 4.0 soziale Sicherheit und Teilhabe für alle Menschen geschaffen werden können. www.bit.ly/Sozialstaat40

→ Tipp

Den Leitfaden „Zukunftsorientierte Personalpolitik - den demografischen Wandel in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie erfolgreich gestalten“ gibt es kostenlos zum Download. Er präsentiert die Ergebnisse eines dreijährigen Projekts zur Personalgestaltung, an dem die NGG beteiligt war. Bei 14 Lebensmittel-Unternehmen wurden innovative Konzepte wie alter(n)sgerechte Schichtarbeit, Gesundheitsmanagement oder lebensphasenorientierte Arbeitszeitmodelle erarbeitet. www.dgb.de/-/h9M

Wie wollen wir in Zukunft arbeiten?

„Mein Leben – Meine Zeit“ – Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall, stellt im *einblick* die neue Arbeitszeitkampagne der IG Metall vor und sagt, worauf es ankommt, um Arbeit neu zu denken.

„**D**ein Feierabend hat angerufen. Er fängt schon mal ohne Dich an“, titelt ein neues Plakat der IG Metall zur Arbeitszeit. Beschäftigte in Deutschland arbeiten heute so flexibel wie nie zuvor. Dabei geben vor allem in der Industrie neue Produktions- und Officesysteme und Marktschwankungen den Takt vor. Langes Arbeiten und Schichtarbeit rund um die Uhr, am Wochenende, im Betrieb oder am Küchentisch – das ist für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland Realität. Der Zugriff der Unternehmen auf Arbeits- und Lebenszeit wird immer umfassender.

Das will die IG Metall ändern. Sicherheit, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung sind unsere Ziele für die Arbeit der Zukunft.

Damit geht die IG Metall ein Mega-Thema neu an. Mega-Thema, weil die Kämpfe um die Arbeitszeit schon seit dem 19. Jahrhundert zu den schwierigsten, aber oft auch erfolgreichsten Kämpfen der ArbeiterInnenbewegung gehören. Mega-Thema auch, weil moderne

Es ist Aufgabe der Gewerkschaften, den technologischen Fortschritt in verbesserte Arbeitsbedingungen und in gesellschaftlichen Fortschritt zu verwandeln.

Arbeitszeitpolitik so viele Facetten hat. Jeder Kollege und jede Kollegin im Betrieb ist vom Thema Arbeitszeit betroffen. Viele Beschäftigte in Vollzeit würden gerne weniger arbeiten, Beschäftigte in kurzen Teilzeitjobs gerne mehr. Eltern brauchen Flexibilität, um kurzfristig auf Familienbelange reagieren zu können. Und sie brauchen Sicherheit und Planbarkeit, um Job und Familie unter einen Hut zu bringen. Junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wünschen sich mehr Zeit, um sich weiter zu qualifizieren oder die Welt zu entdecken. Beschäftigte in Schichtarbeit brauchen Möglichkeiten, gesundheitsschonender zu arbeiten, Ältere wollen flexibel in Rente gehen. Individuelle Arbeitszeitgestaltung für verschiedene Lebensphasen ist nötig. Die tarifliche Bildungsteilzeit in der Metallindustrie betrieblich umzusetzen, bietet dafür einen Einstieg.

Daher nimmt die IG Metall zu Beginn ihrer Arbeitszeitkampagne drei Themen in den Fokus:

1. Den Verfall von Arbeitszeiten bekämpfen

Beschäftigte in Deutschland machen heute 1.813 Millionen Überstunden. Für mehr als die Hälfte dieser Stunden, nämlich für fast eine Milliarde Arbeitsstunden, erhalten sie keine Gegenleistung von ihrem Arbeitgeber – die Stunden verfallen einfach. Das ist nicht gerecht. Geleis-

tete Arbeit muss bezahlt oder in Freizeit ausgeglichen werden. Verfall verhindert, dass diese Stunden für andere Zwecke genutzt werden, wie Pflege- und Familienarbeit oder Kultur, für Hobbies oder politisches Engagement. Und der Verfall verhindert, dass Arbeitsplätze geschaffen werden: Eine Milliarde Arbeitsstunden entsprechen ca. 600 000 Vollzeitstellen. Gute Arbeitszeitkonten und die Mitbestimmung von Betriebsräten bei der Personalbemessung können hier Abhilfe schaffen.

2. Schichtsysteme humaner gestalten

An die sechs Millionen Menschen arbeiten heute regelmäßig in wechselnden Schichten. Doch Schichtarbeit schadet der Gesundheit. Je älter die Beschäftigten sind, desto schlimmer werden ihre Beschwerden. Auch das soziale Leben leidet. Arbeiten zu jeder Tages- und Nachtzeit und kurze Ankündigungsfristen machen Hobbies oder Zeit mit Freunden und Familie zu einem seltenen Erlebnis.

Schichtsysteme können so gestaltet werden, dass sie die Gesundheit schonen und soziale Aspekte berücksichtigen. Diese Herausforderung will die IG Metall im Rahmen der Arbeitszeitkampagne in den Betrieben angehen.

3. Mobile Arbeit regeln

Zwischen 30 und 50 Prozent der Beschäftigten arbeiten inzwischen zeitweise mobil, Tendenz steigend. Die Digitalisierung und die Nutzung von mobilen Endgeräten macht das Arbeiten jederzeit und von überall möglich. Es ist Aufgabe der Gewerkschaften, diesen technologischen Fortschritt in verbesserte Arbeitsbedingungen und in gesellschaftlichen Fortschritt zu verwandeln. Mehr Selbstbestimmung und bessere Vereinbarkeit können Vorteile mobiler Arbeit sein. Doch auch der Druck wächst durch mobile Arbeit: Ständige Erreichbarkeit und eine individualisierte Arbeitssituation können zu mehr Stress und Arbeit ohne Ende führen. Um den Risiken für die Beschäftigten zu begegnen, wollen wir mobile Arbeit regeln. Das Recht auf mobile Arbeit und das Recht, auch mal abzuschalten, gehören für die IG Metall zusammen.

Wir wollen die Deutungshoheit zur Arbeitszeit in den Betrieben und in der Gesellschaft zurückgewinnen, durch betriebliche Aktivitäten, gute Tarifregelungen und gesellschaftspolitisches Engagement. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tragen mit ihrer Flexibilität enorm zur guten wirtschaftlichen Situation der Unternehmen bei. Doch Flexibilität darf keine Einbahnstraße sein. Jetzt ist es Zeit für die Unternehmen, zurückzuzahlen. Denn unsere Zeit ist unser Leben, und unser Leben darf sich nicht nach Börsenkursen oder Auslastungsschwankungen richten. Deswegen ist für uns klar: „Mein Leben. Meine Zeit. Wir denken Arbeit neu.“



JÖRG HOFMANN

60, ist seit 2015 Erster Vorsitzender der IG Metall. Zuvor war er von 2003 bis 2013 Leiter des IG-Metall-Bezirks Baden-Württemberg und von 2013 bis 2015 Zweiter Vorsitzender der IG Metall. Anfang Oktober 2016 wurde er zum Präsidenten der IndustriAll Global Union gewählt.



Der Beitrag von Jörg Hofmann steht auch online auf GEGENBLLENDE – dem DGB-Debattenportal. Er bildet den Auftakt einer neuen Debattenreihe zum Thema Arbeitszeitpolitik. AutorInnen aus Gewerkschaften, Wissenschaft und Politik diskutieren Aspekte einer modernen Balance zwischen Arbeit und Leben. www.gegenblende.dgb.de/-/hdc

MEIN LEBEN – MEINE ZEIT

Die Arbeitszeitkampagne der IG Metall will dem Trend entgegenwirken, dass Arbeit räumlich und zeitlich weiter entgrenzt wird. Ständige Erreichbarkeit und mobile Geräte tragen dazu bei, dass endloses Arbeiten rund um die Uhr und auch am Wochenende die Grenzen zwischen Berufs- und Privatleben aufweicht.

Die IG Metall-Beschäftigtenbefragung 2013 zeigt: Die Arbeitnehmerinnen wünschen sich gute Arbeit sowie planbare und selbstbestimmte Arbeitszeiten. Ein erster Schritt dazu ist bereits getan. Mit dem Tarifvertrag Qualifizierung/Bildung in der Metall-Tarifrunde 2015 hat die IG Metall das Recht auf Bildungsteilzeit durchgesetzt. Beschäftigte, die sich beruflich weiterbilden wollen, können sich von der Arbeit freistellen lassen. Sie haben beispielsweise die Möglichkeit, die Wochenarbeitszeit zu verkürzen oder eine Zeit lang auszuschneiden. In beiden Fällen haben sie ein Rückkehrrecht auf den alten Arbeitsplatz oder eine gleichwertige Vollzeitstelle.

www.igmetall.de/arbeitszeit.htm



„Wir können die Menschen nicht davon abbringen, zu fliehen, um ihr Leben zu retten. Sie werden kommen. Aber wir haben die Wahl, wie gut wir sie empfangen. Und wie menschlich.“

Der designierte UNO-Generalsekretär António Guterres und damalige UN-Flüchtlingskommissar am 23. April 2015 im Time Magazine.



Das steht an...

30. Oktober bis 5. November

In der ARD-Themenwoche beleuchten TV-, Radio- und Internetformate die „Zukunft der Arbeit“.

www.dgb.de/-/hKF Twitter: #ZukunftderArbeit

1. November

Vor 10 Jahren wurde der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) in Wien gegründet. Heute vertritt der IGB über 330 Gewerkschaften in 163 Ländern mit über 180 Mio. Mitgliedern.

8.-10. November

Der Deutsche BetriebsräteTag steht dieses Jahr unter dem Motto „Arbeit 4.0 – Betriebsräte gestalten die Zukunft der Arbeit“. Zum Abschluss werden die Preisträger des Deutschen Betriebsräte-Preises 2016 gekürt.

www.betriebsraetetag.de

23.-24. November

Auf dem diesjährigen WSI-Herbstforum wird das 70-jährige Bestehen des WSI gefeiert. Gäste aus Wissenschaft, Gewerkschaften, Politik und Gesellschaft diskutieren die künftigen Aufgaben der Sozialforschung für eine „Gesellschaft im Umbruch“. www.bit.ly/70Jahre_WSI

25. November

Am Internationalen Tag für die Beseitigung der Gewalt gegen Frauen greift der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) das Thema auf einer Konferenz in Madrid auf und stellt die Ergebnisse seiner Studie „safe at home, safe at work“ vor.

9. Dezember

Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen lädt zum Betriebsräte- und Gewerkschaftstag unter dem Motto „Zusammenhalten für eine faire Arbeitswelt“ ein.

www.gruene-bundestag.de/gewerkschaftstag



Personalia

RICARDA SCHOLZ,

29, wechselt ab 1. November in die Abteilung Grundsatz beim DGB-Bundesvorstand. Seit 2015 war sie in der Abteilung Frauen, Gleichstellungs- und Familienpolitik tätig, zuvor leitete sie seit 2014 gemeinsam mit Mareike Richter das DGB-Projekt „Was verdient die Frau? Wirtschaftliche Unabhängigkeit“.

MAREIKE RICHTER,

30, ist ab 1. November in der Abteilung Frauen, Gleichstellungs- und Familienpolitik beim DGB-Bundesvorstand mit dem Schwerpunkt Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt tätig. Seit 2014 war sie bereits beim DGB-Bundesvorstand und Leiterin des DGB-Projekts „Was verdient die Frau? Wirtschaftliche Unabhängigkeit“.

HANNA WOLF,

29, übernimmt zum 1. November die Leitung des DGB-Projekts „Was verdient die Frau? Wirtschaftliche Unabhängigkeit!“. Seit 1. August war sie bereits als Projektkoordinatorin tätig.

TIMO GÜNTHER,

38, ist seit 5. Oktober Pressesprecher der IG Metall Bayern. Er tritt die Nachfolge von Michael Knuth, 59, an, der in Altersteilzeit geht. Zuvor war Günther sieben Jahre Pressesprecher des DGB Bayern.

DANIEL FRITSCH,

35, ist ab 16. November neuer Pressesprecher des DGB Bayern. Seit 2012 war er als Regionssekretär in der DGB Region München tätig. Bis 15. November hat weiterhin Julia Kerzel das Amt in Vertretung inne.

Fundsache

Quatsch oder Aufklärung?

Witz und Politik in heute show und Co.



Satiresendungen boomen im Fernsehen. Die „heute show“ hat seit Jahren regelmäßig mehr ZuschauerInnen als das „heute journal“. Aber steigern Satiresendungen die Politikverdrossenheit – oder wecken sie Interesse an Politik? Diese Frage hat eine neue Studie

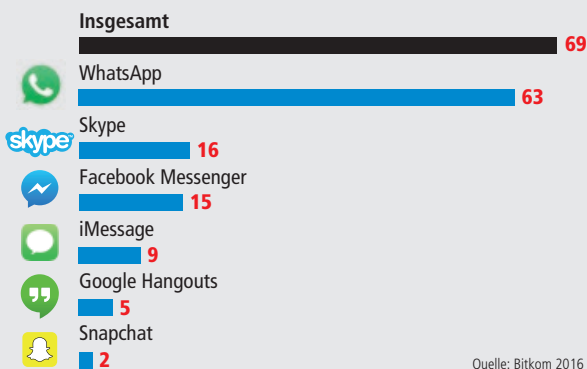
der Otto-Brenner Stiftung untersucht. Ergebnis: Die Satire-Sendungen fördern nicht die Politik(er)verachtung, wie oft suggeriert wird. Neben Unterhaltung klären sie auch auf und sind Ausgangspunkt für eine ernste Beschäftigung mit Politik. www.bit.ly/OBS_Satire



MESSENGER AUF DEM VORMARSCH

Kurznachrichtendienste wie WhatsApp, Facebook Messenger oder Skype sind für viele aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken. Laut einer Umfrage des Digitalverbands Bitkom verwenden gut zwei Drittel (69 Prozent) der Internetnutzer ab 14 Jahren in Deutschland einen Kurznachrichtendienst. Besonders beliebt sind Messenger bei den Jüngeren: 82 Prozent der 14- bis 29-jährigen Internetnutzer und 81 Prozent der 30- bis 49-jährigen verwenden Kurznachrichtendienste. WhatsApp wird mit Abstand am häufigsten genutzt. Fast zwei Drittel aller Internetnutzer in Deutschland haben laut Bitkom WhatsApp auf ihrem Smartphone.

Anteil von Internetnutzern in Deutschland, die einen Kurznachrichtendienst verwenden (in Prozent)



WHATSAPP IN DER KRITIK



Der amerikanische Betreiber von WhatsApps steht massiv in der Kritik. Der Messenger will Daten seiner NutzerInnen an den Mutterkonzern Facebook übertragen – unabhängig davon, ob diese einen Facebook-Account haben oder nicht. Besonders kritisch: Auch Handynummern von Menschen, die lediglich im Telefonbuch der WhatsApp-NutzerInnen gespeichert sind, gehen an Facebook. Möglich machen das Ende August geänderte Nutzungs- und Datenschutzbestimmungen. Der Verbraucherzentrale Bundesverband hat WhatsApp deshalb abgemahnt. Die Verbraucherschützer raten: „Wer den Messenger unter den neuen Bedingungen nicht mehr nutzen möchte, sollte seinen Account komplett löschen.“ Wie das geht und worauf man beim Thema Datenschutz bei Kurznachrichtendiensten achten sollte, zeigen wir unter: www.dgb.de/-/hze

ALTERNATIVEN ZU WHATSAPP

Viele Messenger stehen für den Umgang mit den Daten in der Kritik – häufig zurecht. Dabei gibt es Alternativen, die wesentlich sensibler mit den Daten der NutzerInnen umgehen. Das Problem: Durch die weite Verbreitung von WhatsApp haben es andere Anwendungen schwer. Doch gerade für vertrauliche Nachrichten etwa von Betriebsräten an ArbeitnehmerInnen sollten sichere Kurznachrichtendienste eingesetzt werden. SmartUnion stellt drei Beispiele vor.

● = sehr gut ● = befriedigend ● = mangelhaft



Signal: Edward Snowdens Empfehlung

„Der Signal-Dienst wurde so entwickelt, dass wir möglichst wenige Daten sammeln“, sagte der Gründer des Messengerdienstes Signal Moxie Marlinspike der New York Times. Geadelt wurde der Dienst im Jahr 2014, als der Whistleblower Edward Snowden per Twitter mitteilte, Signal täglich für seine Kommunikation zu nutzen. Das hat seinen Grund: Primäres Ziel der Macher ist es, die Privatsphäre der Nutzer zu wahren und möglichst wenig Daten zu sammeln. Selbst Informationen darüber, wer mit wem kommuniziert, werden nicht gespeichert. Auch Inhalte von Nachrichten sind geschützt und können nur von den Gesprächspartnern eingesehen werden.

Bedienung ● **Datenschutz** ● **Preis: kostenlos**



Threema: Sicher und komplett verschlüsselt

Threema gilt als einer der ersten Messengerdienste, der sensibel mit den Daten der NutzerInnen umgeht. Das Schweizer Unternehmen versichert, dass die komplette Kommunikation zwischen den TeilnehmerInnen von Anfang bis Ende verschlüsselt ist. Damit soll es weder für den Betreiber, noch für Dritte die Möglichkeit geben, mitzulesen. Den Dienst, mit der Textnachrichten, Fotos und Videos verschickt werden können, gibt es für Apple und Android. Threema kostet 2,99 Euro. Unsere Meinung: Nicht zu viel für eine sichere und geschützte Kommunikation.

Bedienung ● **Datenschutz** ● **Preis: 2,99 Euro**



Hoccer: Testsieger mit Servern in Deutschland

Der von einem Berliner Unternehmen gestartete Messenger Hoccer war 2015 Testsieger der Stiftung Warentest. Für private NutzerInnen ist er kostenlos. Mit Hoccer können Textnachrichten, Fotos, Videos, Sprachnachrichten, Adressbucheinträge, Standortdaten in Einzel- und Gruppenchats versendet werden. Alle Zugangsdaten werden laut Hersteller auf dem Gerät des Benutzers gespeichert. Die App habe weder Einsicht in Dateiformate noch in die Inhalte der Nachrichten. Die Server sollen sich ausschließlich in Deutschland befinden. Damit gilt deutsches Datenschutzrecht.

Bedienung ● **Datenschutz** ● **Preis: kostenlos**

Weitere Infos zu den Apps: www.dgb.de/-/h1Y

Kindergeld

RÜCKFORDERUNG TRIFFT ELTERNTEIL

Verlangt die Familienkasse Kindergeld zurück, so ist der kindergeldberechtigte Elternteil verpflichtet, es zurückzahlen. Das gilt auch, wenn das Kindergeld auf Antrag des Elternteils direkt an das Kind ausgezahlt worden war.

Bundesfinanzhof,
Urteil vom 10. März 2016 - III R 29/15

Schwangerschaft

LOHN IST BEI BESCHÄFTIGUNGS- VERBOT FÄLLIG

Wird bei einer Schwangerschaft ein Beschäftigungsverbot ausgesprochen, hat die Arbeitnehmerin einen Anspruch auf die Vergütung ab dem ersten Tag des Arbeitsverhältnisses, auch wenn sie noch nicht gearbeitet hatte.

Der Fall: Im November 2015 unterschrieb die Frau mit der Firma einen Arbeitsvertrag. Die Arbeit sollte am 1. Januar 2016 aufgenommen werden. Im Dezember 2015 wurde aufgrund einer Risikoschwangerschaft der Arbeitnehmerin ein ärztliches Beschäftigungsverbot erteilt. Die Arbeitnehmerin forderte unter Berufung auf das Mutterschutzgesetz den Lohn, den sie bei Arbeitsaufnahme ab Januar 2016 erhalten hätte. Der Arbeitgeber verweigerte die Zahlung mit der Begründung, die Arbeitnehmerin habe zu keinem Zeitpunkt tatsächlich gearbeitet. Die Lohnklage der Arbeitnehmerin hatte Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Der Arbeitnehmerin steht die geforderte Vergütung zu. Der Anspruch auf Arbeitsentgelt bei Beschäftigungsverboten setzt keine vorherige Arbeitsleistung voraus. Es kommt nur auf ein vorliegendes Arbeitsverhältnis und allein aufgrund eines Beschäftigungsverbotes unterbliebene Arbeit an. Der Arbeitgeber wird hierdurch nicht unverhältnismäßig belastet, weil ihm die zu zahlenden Beträge aufgrund des Umlageverfahrens in voller Höhe erstattet werden.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg,
Urteil vom 30. September 2016 - 9 Sa 917/16

Hartz IV

URLAUBSABGELTUNG IST EINKOMMEN

Kann der Urlaub wegen Beendigung des Arbeitsverhältnisses nicht gewährt werden, so ist er abzugelten. Die Urlaubsabgeltung ist als Einkommen bei der Bewilligung von Hartz-IV-Leistungen zu berücksichtigen.

Landesozialgericht Niedersachsen-Bremen,
Urteil vom 27. April 2016 - L 13 AS 172/13

Rente mit 63

ZEITEN DER ARBEITSLOSIGKEIT ZÄHLEN NICHT

Langjährig Versicherte können nach 45 Versicherungsjahren mit 63 Lebensjahren Altersrente beanspruchen. War der Versicherte in den zwei Jahren vor Rentenbeginn arbeitslos, werden die Zeiten des Bezuges von Arbeitslosengeld nicht als Wartezeit berücksichtigt. Diese Einschränkung ist rechtmäßig.

Landesozialgericht Baden-Württemberg,
Urteil vom 21. Juni 2016 - L 9 R 695/16

Schwerbehinderte

NUR ÖRTLICHER BETRIEBSRAT INFORMIERT

Der örtliche Betriebsrat eines Unternehmens mit mehreren Betriebsstätten kann neben dem Anschreiben an die Bundesagentur für Arbeit nur diejenigen Informationen über beschäftigte schwerbehinderte Menschen verlangen, die den jeweiligen örtlichen Betrieb betreffen.

Landesarbeitsgericht München,
Beschluss vom 21. Juni 2016 - 6 TaBV 16/16

Gesetzliche Unfallversicherung I

STUDENTENFUSSBALL IST GESCHÜTZT

Ein Student, der an einem Fußballspiel im Rahmen der sogenannten Campusliga teilnimmt, ist von der gesetzlichen Unfallversicherung geschützt. Das gilt auch wenn das Spiel – wie im Fußball üblich – Wettkampfcharakter hat; denn solche Sportarten können dem Zweck des Ausgleichssports dienen.

Landesozialgericht Niedersachsen-Bremen,
Urteil vom 27. Juli 2016 - L 3 U 56/15

Gesetzliche Unfallversicherung II

HUNDEBETREUUNG IST NICHT GESCHÜTZT

Wer den Hund eines Bekannten betreut und vom Hund gebissen wird, erleidet keinen Arbeitsunfall. Er wird nicht wie ein Beschäftigter tätig und ist entsprechend nicht gesetzlich unfallversichert.

Hessisches Landesozialgericht,
Urteil vom 12. April 2016 – L 3 U 171/13